

EDITORIAL



**LIEBE LESERINNEN,
 LIEBE LESER,**

die Corona-Schutzimpfungen schreiten auch bei uns in Niedersachsen immer weiter voran. Seit Beginn der Impfungen in den Hausarztpraxen konnten wir die Zahl der Impfungen pro Tag noch einmal deutlich steigern. Ganz besonders wichtig ist mir, dass die Besuchsregeln für Alten- und Pflegeheime nun gelockert werden. Wir haben allen Bewohnerinnen und Bewohnern in unseren Heimen ein Impfangebot machen können. Damit ist ein wichtiger Meilenstein beim Schutz der Gruppe hochverletzlicher Personen erreicht. Doch auch neben der Bekämpfung der Corona-Krise haben wir in den vergangenen Wochen viele Themen vorangetrieben. Wir wollen das Ehrenamt weiter stärken, den sozialen Wohnungsbau voranbringen und die Forschung in Niedersachsen krisenfest aufstellen. Bleiben Sie gesund!

Ihre Fraktionsvorsitzende


 Johanne Modder

KOMMUNALES EHRENAMT STÄRKEN

ERSTE ERGEBNISSE der Enquete-Kommission Ehrenamt.

Von Insa Kriwall und Julia Franz

In Niedersachsen engagieren sich fast jede und jeder Zweite in der Freizeit freiwillig und ehrenamtlich. Somit ist das Ehrenamt eine zentrale Säule unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens in Niedersachsen und unverzichtbarer Teil unserer demokratischen Gesellschaft. Deshalb wurde am 1. Juli 2020 auf Initiative der Regierungsfractionen von SPD und CDU die Einsetzung einer Enquete-Kommission beschlossen, die sich mit der Stärkung des Ehrenamtes in Niedersachsen befassen und Lösungsansätze für die drängenden Herausforderungen rund um das Ehrenamt erarbeiten soll. »Ehrenamtliches Engagement in unserer Gesellschaft verdient großen Respekt und unsere breite Anerkennung. Ohne das bürgerschaftliche Engagement von den vielen Menschen in Gemeinden und Städten, in den Vereinen, Organisationen, Initiativen und Kommunalparlamenten, wäre ein Alltag in unserer Gesellschaft nicht denkbar. In einer sich konstant verdichtenden und immer komplexer werdenden Arbeitswelt wird es für viele Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, immer schwieriger, Familie, Beruf und Ehrenamt unter einen Hut zu bringen. Die Arbeit unserer Enquete-Kommission soll deshalb die Rahmenbedingungen des Ehrenamtes in



Bernd Lynack, Sprecher der Enquete-Kommission

Niedersachsen nachhaltig verbessern«, erklärt Bernd Lynack, Sprecher der Enquete-Kommission für die SPD-Landtagsfraktion.

Anlässlich der Novellierung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat die Enquete-Kommission Ehrenamt zuerst die Verbesserung der Rahmenbedingungen des kommunalen Mandats thematisiert und legt nun im Rahmen eines Zwischenberichts erste Ergebnisse vor.

»Durch konkrete Verbesserungen der Freistellungsregelungen für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Niedersachsen soll sichergestellt werden, dass niemand an der Übernahme und

Ausübung des Amtes gehindert oder benachteiligt wird. Die Kommunalpolitik muss für alle Menschen zugänglich sein und zu vielfältigen Lebenssituationen passen. Insbesondere müssen wir dafür sorgen, dass die Vereinbarkeit von Mandat, Beruf und Familie verbessert wird«, erklärt Bernd Lynack.

Durch die derzeitige Corona-Pandemie etablieren sich immer mehr digitale Alternativen zu Präsenzveranstaltungen; dies kann auch für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt erhöhen. »Deswegen setzt sich die Kommission dafür ein, dass die Möglichkeit zur Durchführung von hybriden Sitzungen und Abstimmungen per Videokonferenz dauerhaft möglich sein soll«, ergänzt der SPD-Politiker.

Um die Erhöhung des Anteils von Frauen in der Kommunalpolitik zu fördern, plädiert die Kommission für einen Ausbau von Mentoring-Programmen. Außerdem unterstützt das Expertengremium den Vorschlag, dass Studierende, die ein kommunales Mandat ausüben, bei Bedarf eine Verlängerung des BAFöG und eine Anrechnung auf das Studienguthaben beantragen können.

Bernd Lynack betont außerdem, dass die Kommission auch die politische Bildung an Schulen in den Blick nimmt: »Junge Menschen für Politik zu begeistern und für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen, ist essentielles Ziel der Kommission. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass auch im Politikunterricht in den niedersächsischen Schulen die Kommunalpolitik einen festen Platz einnimmt. Beispielsweise mit Planspielen kann hier schon sehr früh das Interesse an einem politischen Mandat geweckt werden.«

Die Empfehlungen des Zwischenberichts sollen in das Gesetzgebungsverfahren zum Kommunalverfassungsgesetz eingearbeitet werden, welches Ende April in den Landtag eingebracht wurde. ■



CFS/ME UND LONG-COVID: LANGZEITFOLGEN EINER CORONA-INFEKTION IN DEN BLICK NEHMEN

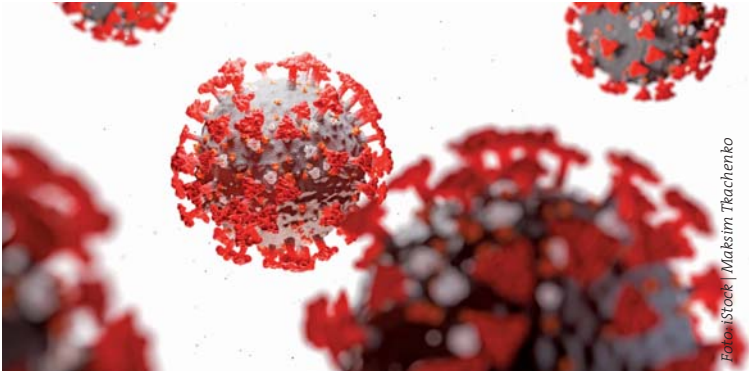


Foto: Stock | Maksim Tkachenko

Durchschnittlich zwei Wochen dauert die akute Krankheitsphase einer Corona-Infektion. Doch viele Menschen sind dann weder geheilt, noch vollständig gesund und belastbar. Auch Monate nach der Infektion klagen Betroffene über bleierne Müdigkeit, dauerhafte Erschöpfung und Schmerzen. Einige müssen ihren Geruchs- und Geschmackssinn zurückerlangen, andere haben langfristige Atemprobleme oder brauchen psychische Unterstützung. Fast täglich tauchen weitere Symptome auf. Die langfristigen Nachwirkungen

einer Corona-Infektion, auch »Long-Covid« genannt, geben vielen Ärztinnen und Ärzten, sowie Forscherinnen und Forscher noch Rätsel auf.

»Covid-19 ist für viele Menschen nicht vorbei, wenn sie aus dem Krankenhaus als genesen entlassen werden. Besonders beunruhigend ist zudem, dass schwere anhaltende Symptome auch bei Menschen auftreten, die eher leichte Symptome während der Covid-Infektion beschreiben. Auch die Zahl der jungen Menschen, die unter Langzeitfolgen leiden, steigt. Wir dürfen die Betroffenen nicht aus dem Blick verlieren, sondern müssen alles tun, um hier Unterstützung zu bieten«, erklärt Johanne Modder, Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion.

Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass bis zu 20 Prozent aller Infizierten unter langfristigen Folgen einer Corona-Infektion leiden. Forscherinnen und Forscher schlussfolgern aus den häufigsten Symptomen von ehemaligen Corona-Infizierten, dass diese mit dem »Chronic Fatigue Syndrome« bzw. mit der

»Myalgischen Enzephalomyelitis« (ME/CFS) zu kämpfen haben. Schätzungsweise sind in Deutschland ca. 250.000 Menschen von diesem Krankheitsbild betroffen, im Zuge der Corona-Pandemie sind diese Zahlen gestiegen.

»Die öffentliche Debatte lässt häufig außer Acht, dass auch offiziell genesene Patientinnen und Patienten mit starken Langzeitfolgen leben müssen. Zwar gibt es in Hannover an der Medizinischen Hochschule ein vorbildliches Forschungsprojekt zu Long-Covid-Fällen, doch wir brauchen dringend eine bundesweite Forschungsoffensive vom Bundesministerium für Bildung und Forschung«, so Modder weiter. ■

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Verantwortlich: René Kopka, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Eva Güntzel, Julia Franz, Insa Kriwall
Redaktionsschluss: 6. Mai 2021
Redaktion: Julia Franz, julia.franz@lt.niedersachsen.de
Anschrift: Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover
 spd-fraktion-niedersachsen.de
Layout & Satz: Anette Gilke